

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. in voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Danzauer Grenzgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Vorpommerns 20 Mk., in das übrige Ausland 27 Mk. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 66b.

Die achtspaltige Kopierzeile ober deren Raum kostet 1.- Mk. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Steuerzuschlag. Ganze Anzeigen laut Tarif. Postfreie Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 Mk. netto pro Zeile. Streifen-Besuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.- Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Abrechnung mit der Reaktion

Verhandlungen im Reichstags-Ausschuß — Ein Gesetz zum Schutz der Republik — Eine Kampfanfrage Wirkhs

Bayern und das Reich

Das Schandregiment der bayerischen Kahr-Regierung wurde am Freitag vor dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags an den Pranger gestellt. Die Genossen Dittmann und Rosenfeld entrollten ein anschauliches Bild der strupellosen deutschnationalen Willkürherrschaft der Bochner und Kahr. Genosse Dittmann wies an der Hand zahlreicher Artikel des verächtlichen „Miesbacher Anzeigers“ nach, daß der Ausnahmezustand von der Kahr-Regierung mißbraucht wird, um freie Bahn zu schaffen für die wüßteste Hehe der Monarchisten und Militaristen. Die Ermordung Erzbergers führte er direkt zurück auf einen Leitartikel dieses Kahr-Blattes, in der die Beseitigung Erzbergers gefordert wird. Er prägte das Wort: „Von Riesbach nach Griesbach führt eine gerade Linie“ und verlangte dann ein Gesetz zum Schutze der Republik. Nach Artikel 56 der Reichsverfassung habe der Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen, reaktionäre Offiziere, Beamte und Richter durchkreuzten aber die Politik des Kanzlers. Deshalb müsse durch Gesetz dafür gesorgt werden, daß diese reaktionären Elemente rücksichtslos ausgemerzt werden könnten. Heute sei, wie beim Rapp-Putsch, allein das Proletariat der Rückhalt der Reichsregierung gegen die Reaktion, die durch deren Einbruch in der Reichswehr, in der Bureaucratie und in der Justiz gehindert werde, die Regierungsgeschäfte im Rahmen der republikanischen Reichsverfassung zu führen. Wenn dieser standalöse Zustand durch ein Schutzgesetz beseitigt sei, könne auch die Ausnahmeverordnung fallen, die grundsätzlich bedenklich sei. Der Ausnahmezustand in Bayern müsse sofort beseitigt werden. Er bestehe überhaupt nicht zu Recht. Wenn das zum Konflikt mit der Kahr-Regierung führe, dürfe die Reichsregierung auch nicht zurücktreten vor der Reichsregierung gegen Bayern, bei der sie ganz Nordbayern und das Proletariat Südbayerns auf ihrer Seite haben werde.

Genosse Rosenfeld ergänzte später diese Darlegungen und wies besonders die anmaßenden Ausführungen des bayerischen Vertreters v. Preger zurück. Sehr energisch wandte sich auch der Reichskanzler Dr. Brüning gegen v. Preger und gegen das zweierlei Maß in Bayern. Er empfahl zwar nochmals den Weg der Verhandlungen mit Bayern, ließ aber durch Ton und Inhalt seiner Worte keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er persönlich für die sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes ist. Bemerkenswert aus dem Munde eines bürgerlichen Reichskanzlers war auch sein offenes Bekenntnis zum Proletariat, wenn es zu einem Kampfe „die Bürgertum, die Proletariat“ kommen sollte. Das wird ihm im Lager derer von Besitz und Bildung sicher sehr angekreidet werden.

Die Vertreter der Rechtssozialisten und der Kommunisten äußerten sich im wesentlichen im gleichen Sinne wie unsere Genossen. Auffällig war die Erklärung des Vertreters der Deutschen Volkspartei, des Professors Dr. Kahl, der sagte, er glaube auch im Namen seiner Partei aussprechen zu können, daß sie sich rückhaltlos auf den Boden der Republik und der Verfassung stelle und alle verfassungsmäßigen Maßnahmen der Reichsregierung zu deren Schutze billige. Seine Partei habe der Politik des Kanzlers in der Frage der Sanktionen und in der oberflächlichen Frage keine Schwierigkeiten bereitet. Man dürfe seine Partei nicht im gleichen Atem mit der Deutschnationalen Partei als „Rechtspartei“ bezeichnen. Als dann der Rechtssozialist Braun wünschte, daß Stresemann — der momentan nicht anwesend war — und Becker-Hessen sich dieser Erklärung anschließen möchten, antwortete der letztere: „Das können sie jederzeit haben“. Diese Äußerungen maßgebender Führer der Deutschen Volkspartei in der jetzigen politischen Situation klangen wie ein Abweichen von den Deutschnationalen und ein Fühlensuchen mit den Regierungsparteien. Die Deutschnationalen waren in der Sitzung nicht vertreten.

Unsere Genossen forderten in einem Antrage die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, von den bürgerlichen Parteien liegt ein Antrag vor, die Verhandlungen mit Bayern zur Aufhebung fortzusetzen. Die Verhandlungen des Ausschusses gehen morgen weiter.

Sitzung des Ausschusses zur Ueberwachung der Verfassung

In Anbetracht der Wichtigkeit der Beratungen des Reichstagsausschusses ergänzen wir unseren Vorbericht in der gestrigen Abendausgabe durch den nachfolgenden ausführlichen Bericht: Meerfeld (S. P. D.) eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß dieser Ausschuß zum erstenmal zusammentritt, und zwar auf Veranlassung der Fraktion der U. S. P. D. nach Artikel 55 der Verfassung. Es erscheinen der Reichskanzler, der Justizminister und der Minister des Innern.

Die Rede unseres Genossen Dittmann

Genosse Dittmann erhält als erster das Wort zur Begründung des Antrages auf Einberufung des Ausschusses, den die Genossen Dittmann und Rosenfeld am 24. August gestellt hatten, zwei Tage vor der Ermordung Erzbergers. Veranlassung zur Einberufung war die Aufrechterhaltung des bayerischen Ausnahmezustandes und die Gefährdung der inneren und äußeren Politik. Dittmann sagt, die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes habe nicht der Ruhe und Ordnung gedient, sondern ausschließlich zum

Schutz einer reaktionären Mörderorganisation, die besonders in München ihren Hauptsitz hat. Ihr Ziel sei die Wiedererrichtung der Monarchie. Jede Kritik der Unabhängigen sei gewaltsam unterdrückt worden; nach dem Mord von Garis habe Bochner unsere Zeitungen verboten, wie den „Kampf“ wegen angeblich aggressiver Sprache, und alle Blätter der Rechten hätten diese Unterdrückung gebilligt. Nachdem 48 Nummern der „Morgenpost“ erschienen waren, sei auch diese verboten worden, weil sie angeblich Nachfolgerin des verbotenen „Kampf“ und ihre Tendenz die Untergrabung der Staatsautorität gewesen sei. Das gleiche Schicksal widerfuhr dem „Mittelungsblatt“, das die Verbindung zwischen den Unabhängigen aufrechterhalten sollte. Auch hiermit hat die Reichspresse ihr Einverständnis ausgesprochen. So war die Lage, als er und der Genosse Rosenfeld sich veranlaßt sahen, den Antrag auf Einberufung des Ausschusses zu stellen.

Die wüßte Hehe der bairischen Rechtspresse richtet sich gegen die Verfassung, gegen die Republik, gegen die Personen des Reichsministeriums — Beschimpfungen, die alles bisher Dagewesene übersteigen. Es ist unmahr, sagt Dittmann, wenn die bairische Regierung behauptet, der Ausnahmezustand sei notwendig gewesen, um die Staatsautorität aufrechtzuerhalten, denn die Träger der Reichsautorität können aus schmachvollster Angegriffen werden, ohne daß die bayerische Regierung einschreitet. Die strupellose Hehe gegen die Verfassung bedeutet eine Gefahr für die Republik, und auch eine Gefahr für unser Verhältnis zu den Ententeländern.

Dittmann erinnert an die Duldung der monarchistischen Kundgebungen für den bairischen Ertronprinzen, die Reden von Ludendorff, von Epp usw. Gleichzeitig werden die Rechte der Arbeiter: das Koalitionsrecht, das Betriebs- und Versammlungsrecht, rücksichtslos gekürzt. Dittmann gibt dann eine ausführliche Wiederholung der Behauptungen aus dem „Miesbacher Anzeiger“, von dem er sagt, daß er das gelehrteste Blatt in ganz Bayern sei. Kluge Kapitalisten sehen in seinem Dienst, die das Blatt ausheilen und systematisch verbreiten an alle Beamten und Ministerien, nicht nur in München, sondern im ganzen Reich. Seitdem der „Miesbacher Anzeiger“ durch den Erlaß der Reichsregierung verboten ist, voll und Eisenbahn das Blatt nicht mehr befördert, geht die Verwaltung des „Miesbacher Anzeiger“ bereits mit dem Gedanken um, durch Lastautos das trotz des Verbotes weiterzirkulierende Blatt befördern zu lassen. Rechtsstehende Blätter haben die Artikel des „Miesbacher Anzeiger“ nachgedruckt und dadurch zu einer noch nicht dagewesenen

Berichtigung der politischen Atmosphäre beigetragen. Nebenbei machen der „Miesbacher Anzeiger“ und der „Deutschvölkische Beobachter“ auch noch eine stark antisemitische Propaganda.

Nach Verlesung der schlimmsten Stellen aus den verschiedenen Artikeln, die sogar einmal von dem Zwischenruf des Reichskanzlers Wirkhs, daß inzwischen schon neuere Leistungen zu verzeichnen seien, unterbrochen wird, betont Dittmann mit Nachdruck, daß der „Miesbacher Anzeiger“ zum Mord Erzbergers ja direkt aufgefordert und dann Krotzschilstränen geweint hat in einem Nachruf für Erzberger, der mit den Worten begann: „So ist dem Manne von Dummheit und Fanatismus ein guter Absgang bereitet worden.“ Der Artikel von Riesbach sei die Barockgewesen für den Mord in Griesbach. Dittmann erhebt den Vorwurf gegen die Regierung, daß sie längst habe eingreifen müssen. Der Ausnahmezustand in Bayern sei nur eine Unterstützung für die Reaktion gewesen, und erst der Mord habe bedauerlicherweise auch der Regierung die Augen geöffnet, daß die Republik in erster Gefahr sei und daß alle Paraden der Ludendorffe usw. nichts sind als

eine dreiste Stimmungsmache für einen neuen Rapp-Putsch. Die Reichsregierung kann sich nicht verlassen auf die Reichswehr, auf die Bureaucratie und auf die Justizbeamten. Sie sind reaktionäre und Monarchisten.

Die einzige sichere Stütze der Regierung gegen die Reaktion ist das Proletariat, das heißt alle Arbeiter und Angestellten.

Nachdem die Reichsregierung versäumt, die Säuberung der Reichswehr und die Entlassung der reaktionären Beamten vorzunehmen, ist es jetzt dringend erforderlich, das sofort nachzuholen. Nirgends werden die Intentionen der Politik des Reichskanzlers beachtet, sondern sie werden offen sabotiert. Es ist notwendig, zu den Artikeln 104 und 129 der Reichsverfassung Ausführungsbestimmungen zu schaffen, durch die erzwungen werden kann, daß

alle entfernt werden, die der Reichspolitik entgegenhandeln. Die Regierung sollte sofort handeln; dann ist es erst möglich, die Geschäfte der Regierung fortzuführen. Wir brauchen Sicherungen durch gesetzliche Grundlagen, nicht durch Ausnahmeverordnungen, gestützt auf Artikel 48. Jetzt hat erst auf dem deutschnationalen Parteitag in München der Abg. Herzog offen ausgesprochen: „Wir erstreben die Monarchie.“ Natürlich, jetzt er hinzu, nur auf gesetzlichem Wege. Aber wir können das. Dieselben Leute würden, wenn sie im Regiment lägen, noch mehr Zugeständnisse an die Entente machen, wenn sie nur die Sicherheit hätten, sich im Sattel halten zu können. Der Fall des Ausnahmezustandes in Bayern ist unbedingt erforderlich

Die Ausnahmeverordnung kann nur einstweilen in Geltung bleiben; wir betrachten sie nur als provisorisch, bis das von mir geforderte Gesetz zum Schutze der Republik erlassen ist. Wir fordern vom Reichskanzler, auf den Reichspräsidenten einzuwirken, den Ausnahmezustand in Bayern sofort aufzuheben. Bayern legt sich über die Verordnungen der Reichsregierung einfach hinweg, der „Miesbacher Anzeiger“ ist zwar verboten, erscheint aber ruhig weiter. Es geht jetzt um das Ansehen der Reichsregierung, und das Spiel darf nicht weiter getrieben werden. Jetzt muß Herr Geßler beweisen, ob, wie er immer behauptete, die Reichswehr eine zuverlässige Stütze der Republik ist und ihm gegen Bayern zur Verfügung steht, so wie sie feinerzeit gegen die Kahr-Regierung in Bayern mobilgemacht worden ist.

Die Reichsregierung wird in Nordbayern und auch bei den Arbeitern in Südbayern weitestgehende Unterstützung finden.

In Nürnberg haben 50 000 Arbeiter eine Resolution gefaßt, in der sie ausprechen, daß, wenn es so weitergeht, Nordbayern sich lösen müsse von dem südbayerischen Schandregiment und Franken eventuell einen eigenen Bundesstaat bilden müsse. Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß sie wirtschaftlich auf das Reich angewiesen sind. Jetzt haben viele bürgerliche Kreise eingesehen, wie ernst die Situation ist. Dem Reichskanzler rufen wir zu: He Rhodus, he saltus!

Kunmehr ergreift Herr von Preger, der bayerische Vertreter, das Wort. Er beginnt seine Ausführungen damit, daß er weder die Namen noch die Parteizugehörigkeit der verschiedenen verbotenen sozialistischen Blätter auseinanderhalten kann. Auf Zwischenrufe, die ihm vorhalten, daß er ja offenbar gar nicht Bescheid wisse, erwidert er feierlich, die Blätter hätten ja alle dieselbe Richtung; auf Einzelheiten komme es dabei nicht an. Nach seiner Meinung ist kein anständiger Mensch mit der Schreibweise des „Miesbacher Anzeigers“ einverstanden, aber er weiß es als grobe Unterstellung zurück, daß der „Miesbacher Anzeiger“ etwa von Kahr unterstützt werde. Seine Ausführungen sind eigentlich nichts anderes, als eine Wiederholung der Sprache, die man von Bayern her gewohnt ist. Er behauptet, die bayerische Regierung habe sich bei dem Ausnahmezustand große Zurückhaltung auferlegt. Nur dann seien Zeitungen verboten worden, wenn sie eine Aufforderung enthielten, die Reichs- und Staatsverfassung zu stürzen. Auch Rechtsblätter seien verboten worden, wenn sie sich dieses Vergehens schuldig gemacht hätten. Aber die Regierung habe es abgelehnt, Blätter zu verbieten, nur weil Mitglieder der Regierung angegriffen worden seien. Daher habe auch kein Grund vorgelegen, gegen den „Miesbacher Anzeiger“ vorzugehen. Nur an verschiedenen Stellen sei Strafanzeige erstattet worden, und auch jetzt habe man den Minister Geßler angefragt, ob er wünsche, daß Strafanzeige erstattet werde wegen eines Angriffs auf ihn.

Über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern brauche er nicht mehr zu reden, das sei ja im Reichstag bereits genügend gesehen. Außerdem habe ja der Reichstag am 28. Juli in seiner Mehrheit den Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern abgelehnt.

Inzwischen habe sich nichts geändert, was die bairische Regierung veranlassen könnte, den Ausnahmezustand aufzuheben. Ganz im Gegenteil! Infolge der Teuerung nehme die Erregung in der Bevölkerung derartig zu, und Drahtzieher seien am Werke, auf den Sturz der Regierung Kahr hinzuwirken, daß es doppelt notwendig sei, den Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten. Er fragt, warum denn Bayern den Ausnahmezustand aufheben solle in einem Augenblick, da das Reich den Ausnahmezustand für das ganze Reich einführt, das sei doch die beste Rechtfertigung dafür, daß auch

der bairische Ausnahmezustand notwendig sei. Er könne es nur als einen Widerspruch betrachten, wenn man für Bayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlange und ihn über das Reich ausdehne. Wenn das trotzdem geschehe, so führten dazu nicht solche, sondern rein politische Gründe mit dem Ziel der Beseitigung der Regierung Kahr, die der Reichsregierung ein Dorn im Auge sei. Doch hoffe er, daß die bürgerlichen

lichen Parteien des Reichstages sich den Forderungen der Regierung nicht fügen werden, denn es wäre ein schwerer politischer Fehler, wenn die Reichsregierung über die bayerische Regierung hinweg den Ausnahmezustand in Bayern aufheben würde. Er bedauert außerordentlich, daß die Regierung sich treiben lasse von parteipolitischen Machtinstanzen, um gegen Bayern vorzugehen. Die Reichsregierung müsse sich klar darüber sein, daß sie durch ihr Vorgehen

einen Verfassungskonflikt

heraufbeschwöre, dessen Tragweite sich nicht übersehen lasse. Die Ausnahmeordnung der Reichsregierung vom 29. August sei eine schwere Belastungsprobe für Bayern gewesen, denn es hätte auf keinen Fall geschehen dürfen, daß das Reich ohne Zustimmung mit Bayern diese Verordnung hinausföhre. Kahe habe erst durch die Zeitungen davon erfahren. Es wäre Pflicht der Reichsregierung gewesen, Bayern aus dem Geltungsbereich der Ausnahmeordnung herauszuheben oder aber die bayerische Verordnung auf das Reich zu übernehmen.

Zwei bayerische Blätter sind von der Reichsregierung sofort verboten worden. Das bedeutet eine Ausschaltung der Landesregierung und einen Angriff auf die Polizeiherrschaft Bayerns. Um so mehr, als diese Verbote sich ausschließlich als Ausfluß einer sich immer mehr nach links orientierenden Regierung zeigen, indes in Bayern die Tendenz nach rechts geht. In Bayern herrscht die Mehrheit von bürgerlichen und bauerlichen Elementen, die das Vorgehen Berlins als Spitze gegen München empfinden, und das bayerische Volk ist nicht gewöhnt, von Berlin aus regiert zu werden.

Zum Schluß warnt der bayerische Vertreter,

den Vogen nicht zu überpassen,

die Politik der Ausnahmeordnung sei höchst unklar von der Reichsregierung, aber den Gipfelpunkt der Torheit würde es bedeuten, wollte die Reichsregierung es versuchen, den Ausnahmezustand in Bayern über den Kopf der bayerischen Regierung hinweg aufzuheben.

Die Rede des Reichskanzlers

Nach der bayerischen Erzählung von Preger ergreift der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen:

Er habe der Rede Pregers volle Beachtung geschenkt, aber eine Antwort bedürfe diese Kritik der Reichsregierung doch, die nach Preger sich immer mehr zu einer Linkspartei entwickle. Wenn er damit sagen wollte, daß die Regierung die Weimarer Verfassung schätze, dann allerdings habe er sie mit Recht als Linkspartei bezeichnet. Wenn er aber meine, daß dies eine Abweichung von sachlichen Gesichtspunkten sei, dann befinde er sich im Irrtum. Nicht parteipolitische Gründe, sondern vor allem außenpolitische Aufgaben sind es, die die Regierung leiten. Diese Aufgaben sind noch lange nicht abgeschlossen, wenn wir auch in bezug auf die Sanktionen und Oberbefehlen in letzter Zeit Fortschritte machten.

Beim Lesen der englischen und der deutschen Presse habe er mit Reid auf die englische Presse geblickt, die sofort auf Lloyd Georges Politik einwirkte, auch die oppositionelle. Wie anders die deutsche rechtsstehende Presse! Die Politik der Reichsregierung war richtig eingestellt, nur auf Verbesserungen der Gesamtlage, ohne jede linksgerichtete oder gar parteipolitische Färbung. Je ausführlicher sich für uns die Lage in Oberschlesien gestaltet, um so niederträchtiger mußte der Kampf der Reichsregierung gegen die Reichsregierung wirken.

Die Maßnahmen der Reichsregierung werden von rechts aus parteipolitischen Erwägungen sabotiert.

Der Reichskanzler meinte dann, es sei ja wohl zu verstehen, wenn von ganz bestimmten Kreisen der Nationalismus propagiert werde, aber angesichts der jüngsten Feste und Veranstaltungen müsse er doch fragen, ob irgend jemand glaube, daß mit Stehschritt Aufsenpolitik gemacht werden könne. Nach allem, was die „Kreuzzeitung“ geboten, sei es nicht verwunderlich, wenn Studenten in der Meinung kämen, der politische Mord sei ein gutes Werk.

Das ganze deutsche Volk muß heute hören, wer Deutschland in der Stunde der Not in diese furchtbare Lage gebracht hat. Wir müssen offen abrechnen mit jenen Kreisen, die die letzten Wochen diese verhängende Politik getrieben haben.

Die bayerische Regierung wird mir und meinen Kollegen nicht nachsagen können, daß wir nicht bereit gewesen seien, zu verhandeln und entgegenzukommen. Aber trotzdem die ihr z. B. gerade in Beamtenfragen sehr weit entgegengekommen sind, wird in einem Schriftstück über Beamtenfragen die Reichsregierung von der bayerischen Regierung direkt verhöhnt. Die Reichsregierung hat nicht erst seit dem Mord an Erzberger mit Bayern zu verhandeln versucht.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern durch die Reichsregierung

bedeutet den Konflikt, hat auch Herr Dittmann gesagt. Es bleibt also der zweite Weg: der der Verhandlung, den Herr Dittmann ja auch nicht ausschließen wollte. Diesen Weg wollen wir zunächst gehen und hoffen auf ein baldiges gutes Resultat.

Für die Verordnung vom 29. August übernehme ich die volle Verantwortung.“ Die Erregung der Arbeiter aller Parteien ist ständig gemacht. Wer hat diese Spannung herbeigeföhrt? Von keiner sozialistischen Partei erföhrt die Regierung Schwierigkeiten in der Frage Oberbefehlen und Sanktionen. Aber was war von rechts geschehen? Es ist tief traurig, daß auch hervorragende Politiker, nicht nur der „Miesbacher Anzeiger“, gegen Verleumdungen der Reichsregierung auftraten. Was hat die bayerische Regierung dagegen getan? Der bayerische Vertreter hat gesagt, wenn wir einen Funken von Ehrgefühl hätten, würden wir uns das nicht gefallen lassen. In Bayern wird ganz einseitig parteilich gegen links gehandelt. Es geht aber nicht an, eine Partei mundtot zu machen und allen anderen freies Spiel in der Hitze zu lassen. Die Reichsregierung hat viel Zuschriften erhalten, auch aus Bayern. Die fordern, daß die Reichsregierung einsichere. Das ist nicht der „Gipfel der Torheit“, wie der bayerische Vertreter logte, sondern ein Akt der Notwehr.

Am Grabe Erzbergers und auch sonst im Süden habe ich erfahren, daß tiefer Groll nicht nur bei den sozialistischen, sondern auch bei den christlichen Arbeitern herrscht. Auch weite bürgerliche Kreise müssen heute einsehen, daß es sich jetzt darum handelt, die Situation nicht zu verschärfen, sondern zu lösen.

Es wird jetzt fälschlich gesagt, wir treiben einer Entwicklung entgegen, die Bürgertum, die Proletariat! Ich halte diese Einstellung für falsch. Aber wenn sie kommen sollte, diese Einstellung die Bürgertum, die Proletariat, so möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß ich dann auf der Seite des Proletariats stehen werde! Aber ich wünsche nicht, daß es dazu kommt.

Es liegt der Reichsregierung fern, die Landesregierungen auszuscheiden. Baden hat unser Vorgehen begrüßt, Reichheit war hier nötig. Wie wären die Demonstrationen wohl ausgefallen, wenn nicht vorher die Arbeiterkraft die Ueberzeugung gehabt hätte, daß die Regierung sich positiv für die Republik einsetze? Auch die bayerische Regierung sollte einsehen, daß kein Anlaß vorliegt, Konflikte heraufbeschwören.

Hg. Dr. Raht (Dsch. Volkspartei): Wir haben die Rechtsfrage zunächst zu prüfen. Meine Partei gibt ihre volle Zustimmung und Unterstützung für jede Maßnahme der Regierung, die zum Schutze der Verfassung

sich im Rahmen der Verfassung hält. Wir stehen treu auf dem Boden der Verfassung der Republik, wie sie jetzt ist, wir lehnen den Tiefstand der öffentlichen Meinungen bestimmter Kreise ab, auch den „Miesbacher Anzeiger“. Unter dem Titel „Rechtsparteien“ darf man nicht ohne weiteres auch die Deutsche Volkspartei verstehen. Sie und ihre Presse haben die Reichspolitik in Oberschlesien und bei den Sanktionen unterstützt. Die Aussprache hier im Ausschuß ist fälschlich sehr erwünscht. Für das Wissen des Ausschusses ist die Voraussetzung, daß sich der

Reichstag durch Handlungen der Reichsregierung verkehrt fühlt. Der Ausschuß ist da zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung gegenüber der Reichsregierung, dem Sinne nach also ein Ueberwachungs Ausschuß.

Der kommunistische Abgeordnete Stöcker bedauert, daß diese Verhandlung nicht im Plenum stattfinde, er hält den Ausschuß nicht für zuständig. Er wiederholt die von Dittmann bereits aufgestellten Forderungen auf Säuberung der Reichswehr, der Verwaltung und der Justiz, und fordert weiter: Einhebung von Ueberwachungs Ausschüssen, bestehend aus Arbeitern, Angestellten und Beamten, ferner Aufhebung des Schieberlasses und Amnestie für alle politisch Verurteilten und Aushebung der Sitzverfolgung für alle politisch Angeklagten. Inzwischen war folgender

Antrag der Genossen Dittmann und Rosenfeld

eingelaufen:

Der Ausschuß wolle beschließen, von der Reichsregierung zu fordern, den Reichspräsidenten zu veranlassen, gemäß Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung, die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern von der bayerischen Landesregierung zu verlangen.

Genosse Rosenfeld

erhielt nun das Wort und führte aus: Der Ausschuß sei nach der Verfassung berufen zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung gegenüber der Regierung. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu verlangen, sei ein Recht der Reichsregierung. Tut sie dies nicht, so müsse der Ausschuß im Sinne der wahrscheinlichen Mehrheit des Reichstages handeln, denn schon bei der letzten Abstimmung über Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern war die Mehrheit so groß, daß sie durch die letzten Ereignisse ganz sicher zur Mehrheit geworden ist.

Der bayerische Vertreter hat kein Recht, sich auf das Volk von Bayern zu berufen.

Das Volk steht nicht hinter der bayerischen Regierung, das Volk in Bayern ist mundtot gemacht.

Herr von Preger wußte für die Erhaltung des Ausnahmezustandes nur einen Grund anzuföhren: Die durch die zunehmende Teuerung hervorgerufene Erregung, und daß die Demonstrationen gegen die Teuerung die bayerische Staatsregierung hätten stützen wollen. Das ist lächerlich. (Der Vorredner beantwortet den Ausdruck: lächerlich.) Rosenfeld fortföhrend: Dann nenne ich es einen Skandal, den Ausnahmezustand mit so fadenheiniigen Gründen zu motivieren. Die Teuerung wird nicht befeitigt durch den Ausnahmezustand, sondern durch den Kampf gegen ihre Ursachen. Rosenfeld äußert dann grundsätzliche Bedenken gegen die Ausnahmeordnung vom 29. August und betont, daß wir uns auf gesetzliche Grundlage stellen wollen.

Wenn aber die Regierung schon diesen Weg bestreite, dann müsse es so geschehen, daß die Ausführung der Verordnung nicht Organen übertragen werde, von deren Unzuverlässigkeit wir zahlreiche Beweise haben. Der Artikel 48 verlangt Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Die Regierung hat die Aufgabe, die Republik zu schützen, und sie muß es tun mit derselben Energie, wie Pöchner in Bayern das Gegenteil tut. Seit zwei Jahren herrscht in Bayern der Ausnahmezustand, da kann nicht mehr von einem vorübergehenden, sondern von einem Dauerzustand die Rede sein. Zur selben Zeit, da Arbeiterdemonstrationen verboten werden, sind nationale Erlaubnisse. Der bayerische Vertreter sagt, keine Regierung habe sich beim Verbot der Zeitungen die größte Zurückhaltung auferlegt! Ja, soweit es sich um die Reichspresse handelte. Selbst die Anforderung zum Mord genügt nicht zum Verbot. Umgekehrt würde man anders handeln.

Das Versagen unserer Justiz hat den Mord ermöglicht.

Die Arbeitermörder werden nicht bestraft, sie erhalten einen Paß ins Ausland und noch hohe Belohnung dazu. 34 Morde sind ungeführt geblieben seit der Revolution. In Bayern wird mit zweierlei Maß gemessen, solange der Ausnahmezustand unter der Regierung Rahr besteht. Daß die Deutsche Volkspartei durch den Mund des Abgeordneten Rahl erklärt, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, ist wohl

die Folge der ungeheuren Massendemonstration.

Sonst hat diese Partei ja gern ihre Verwandtschaft mit den Deutschnationalen betont. Nun hat sie sich schnell auf den Boden der Tatsachen gestellt.

Der von uns gestellte Antrag zeigt den Weg, der beschritten werden muß. Wir haben keine Zeit mehr, zu warten, der Reichskanzler darf nicht länger zögern, der Reichspräsident muß den Ausnahmezustand in Bayern aufheben. Will der Ausschuß die Regierung stärken, so muß er unseren Antrag annehmen.

Otto Braun (S. P. D.), der ehemalige Ministerpräsident von Preußen, hätte das Treubekennnis zur Republik nicht nur von Rahl, sondern gern auch von Stresemann und Becker-Hessen vernommen. Er wendet sich gegen die von Stöcker verlangte Amnestie, weil sie in diesem Augenblick allen Mordtuben helfen würde, sich der Strafe zu entziehen. Die Informationen des bayerischen Vertreters über den geplanten Sturz der Regierung bezeichnet er als „aus trüber Quelle stammend“. Zur Charakterisierung der bayerischen Politik weist er nach, wie die bayerische Regierung ständig versucht, den Unmut über die Teuerung auf Preußen als den schuldigen Teil abzulenkeln. Den „Miesbacher Anzeiger“ erklärt er für eine vollstümliche Ausgabe des „Bayerischen Staatsanzeigers“. Er fragt den bayerischen Vertreter, was dem Schreiber des Schandartikels über den Mord an Erzberger passiert sei. Bayern sei zurzeit der

Schlupfwinkel für alle dunklen Elemente.

Nach der Auffassung breiter Volksmassen in Bayern der Ausfühler der Mörder von Garbis und von Erzberger. Aus den Ausführungen des bayerischen Vertreters lei nicht hervorgegangen, ob Bayern sich zu fügen gedenke. Wenn dies der Fall, dann sei jeder Verfassungskonflikt ausgeschlossen. Braun stimmt für seine Partei dem Antrag der Unabhängigen zu. Die Verhandlungen mit Bayern müssen ein anderes Tempo anschlagen als bisher; die bayerische Regierung braucht, wenn sie den Willen hat, nur wenige Tage Zeit, um das zu tun, was das deutsche Volk verlangt. Zum Schluß erklärt er, auch seine Partei sei nicht für Ausnahmeordnungen, sondern für gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Republik. Fortsetzung der Ausschußverhandlungen morgen, Sonnabend, 10 Uhr.

Gradnauer über den bayerischen Ausnahmezustand

Der Reichsminister des Innern Gradnauer hatte eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ über die Durchführung der Verordnung der Reichsregierung. Unter anderem hat er sich auch über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ausgesprochen. Er sagte nach dem Bericht:

Eine besondere Frage ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Auch hier habe ich gestern der bayerischen Regierung Mitteilung gemacht, daß die weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht mehr nützlich, sondern gefährlich für die Erhaltung des inneren Friedens ist; da der Herr Reichskanzler erst heute früh von seiner Reise zurückgekehrt ist, konnte das Gesamtkabinett hierzu noch nicht Stellung nehmen. Der soeben tagende besondere Ueberwachungs Ausschuß befaßt sich ausführlich mit dieser Frage, und es ist zu erwarten, daß es noch heute zu einer Klärung in der Haltung der Regierungen kommt. Sollte von bayerischer Seite, was ich nicht hoffe, trotz der Beschlußfassung des Kabinetts weiterhin Widerstand gestellt werden, so wird nach Zusammenberufung des Reichstages der Reichspräsident verfassungsgemäß den Verfassungszustand in Bayern aufheben. Ich möchte jedoch noch einmal betonen, daß ich der festen Hoffnung bin, die bayerische Regierung werde selbst die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes einsehen und ihre Konsequenzen daraus ziehen.

Die deutschnationale Kloake

Aus verschiedenen Presseäußerungen der letzten Tage sind unsere Leser darüber unterrichtet, welches Maß von Rohheit und sittenlicher Verkommenheit jene Kreise der Bevölkerung, die sich zu den „Edelsten und Besten der Nation“ zählen, nach der Ermordung Erzbergers öffentlich zur Schau getragen haben. Immerhin ist es nützlich, einige weitere Beiträge zu diesem Kapitel zu liefern, um das geistige Bild der herrschenden Klasse Deutschlands zu kennzeichnen. Die „Germania“, das Berliner Zentrumorgan, veröffentlicht zu diesem Thema eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen, die folgende „Dokumente menschlicher Verworfenheit“ enthält:

Ausdrücke wie „Gott sei Dank, daß das Schwein kaputt ist!“ und ähnliche Färbungen wurden mit Behagen geäußert. Auf einer elektrischen Straßenbahn sagte ein sehr „fein“ gekleideter Herr zu seinem Nebenmann: „Gott sei Dank, jetzt brauchen wir weniger Steuern zu bezahlen!“ Diese Keuschung hielt man zunächst für einen rohen Witz. Der „feine Herr“ gab sich aber alle Mühe, um darzutun, daß dieses Wort durch aus seiner „Ueberzeugung“ entspreche. Ein typisches Bild für die sittliche Verlotterung und über die hanebüchene politische Unbildung unserer Tage!

Es konnte weiter festgestellt werden, daß an dem Abend des Mordtages in zahlreichen studentischen Klubs und Kneipen Verherrlichungsreden auf den Mörder gehalten und Salamander auf ihn gerieben wurden. Man hat dort aber auch mit „Pledern“ die „Feier“ begangen, und besonders kennzeichnend ist es, daß diese Kneipen unter dem Präsidium von Hochschulräten abgehalten wurden, also unter anderen Formen, wie sie sonst nur bei ganz besonders festlichen Anlässen üblich sind. Eines dieser Pledere hatte folgenden Wortlaut:

Aus danket alle Gott für diesen braven Mord, den Erzhalunken, schart ihn ein, Heilig soll uns der Mörder sein, Die Fahne schwarz-weiß-rot!

Daß der Schuß auf Erzberger, fährt die „Germania“ fort, nicht nur diesen selber, sondern weit darüber hinaus, alle diejenigen treffen sollte, die das gegenwärtige Regierungssystem repräsentieren und vertreten, ist ganz klar. Das wurde auch bei den verschiedenen „Zubehören“ jenseitig ausgesprochen. Daraus ersieht man, daß der gegen Erzberger gerichtete Revolver im Grunde gegen die Regierung Wirth zielte.

Aus Hamborn wird der „Dona“ berichtet: Als die Nachricht von der Ermordung Erzbergers in Hamborn bekannt wurde, ließ ein Leutnant der Schutzpolizei seine Hundertschaft antreten und hielt an seine Leute folgende Ansprache:

Kameraden, ich habe euch eine freundliche Mitteilung zu machen. Ein Revolutionschwein ist verreckt. Hoffentlich folgen ihm bald alle anderen Revolutionschweine nach.

Diese Äußerung des Leutnants ist jetzt in Hamborn bekannt geworden und hat unter der Bergarbeiterchaft eine gewaltige Erregung hervorgerufen.

Aus Neustadt in Oberschlesien wird der „Germania“ folgende bezeichnende Äußerung des Pastors Klatt, eines Deutschnationalen, im Lehrzimmer des Gymnasiums bei der Meldung über die Ermordung Erzbergers mitgeteilt: „Erzberger tut mir nicht leid; mir tut nur leid, der ihn erschossen hat...“

Die „Dietzower Zeitung, Allgemeiner Anzeiger für die Stadt Markgradowa und den Kreis Dietzow“, schrieb anlässlich der Ermordung Erzbergers:

„Erzberger, den „Bielgeschäftigen“, hat das Schicksal ereilt, das ihm wohl die meisten national denkenden Deutschen gegönnt haben. Erzberger, der allein Schuldig an dem schmachvollen Waffenstillstand, Erzberger, der Deutschland den Verfall der Schandfrieden vermittelt hat, Erzberger, dessen Geist leider noch heute in so vielen Behörden, Verwaltungen und Gekken herrscht, hat den Lohn erhalten, der ihm als Kaiserlandsverräter zuzam. Wozu man über politische Morde denken, denn um einen solchen handelt es sich doch wahrscheinlich, wie man weiß, so muß wohl die Mehrzahl des deutschen Volkes in diesem Augenblick aufatmen mit einem Gefühl der Erleichterung. Ein Mann, der wie Erzberger wohl die Hauptschuld am Unglück unseres Vaterlandes hatte, mußte, solange er am Leben war, eine stete Gefahr für Deutschland bleiben. Es mag roh und heillos klingen, solche Worte einem Toten nachzurufen, aber durch Gefühlsduselei kommen wir nicht weiter. Hoffen wir! Und wie wir unsere Feinde nach außen hoffen lernen, so müssen wir auch die inneren Feinde Deutschlands mit unserem Haß und unserer Verachtung strafen.“

In der „Bielefelder Turmzeitung“ finden wir die folgende charakteristische Notiz:

Deimold, 29. August. Das folgende unerhörte rohe Vorkommnis hat sich in der „Grottenburg“ am „Hermann“ am Freitag zugetragen. Dort fand ein Konzert statt, als die Nachricht von dem feigen Mord an Erzberger bekannt wurde. Eine Anzahl wildgewordener Rechtschöpsen veranlaßte daraufhin die konzertierende Kapelle, einen „Jabelusch“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Deutschland hoch in Ehren“ zu spielen. Und es geschah unter dem tosenden Beifall rasender Nationalisten.

Schließlich noch folgende Tatsache, die die „Konstanzer Nachrichten“ mitteilen:

Der frühere Flügeladjutant des Kaisers, Herr v. Reiff, wohnhaft in Bermatingen, Besitzer des früheren Interniertenheimes Schloß Dard passierte gestern nachmittags mit seinem Auto das Kreuzlinger Tor, um in die Schweiz zurückzuföhren. Dabei äußerte er sich dem Grenzpersonal gegenüber folgendermaßen: „Haben Sie schon gehört, den Erzberger haben sie abgeschlachtet! Gott sei dank, daß dieses Schwein weg ist.“

Diese Äußerungen deutschnationaler Rohheit und Mordlust sind zur Kennzeichnung der wahren Gesinnung der rechtsstehenden Kreise bedeutungsvoller als die heuchlerischen Redensarten der konservativen Presse. Mit Recht konnte der Leitartikel der „Vulkeblätter“, H. v. Zimmermann, der die Ermordung Erzbergers als einen Akt vaterländischer „Landjustiz“ verherrlichte, voll Ingrimm über die Haltung der rechtsstehenden Presse schreiben:

„Das große Köhen kommt einem an ob der Behandlung des Falles in einem Teil der Reichspresse bis in die deutschnationale Presse hinein. Sie wackeln vor Traurigkeit und Demut ordentlich mit den Ohren, wie ein alter Kartengaul, der sich nicht mehr heiß halten kann. Und die Täter werden bereitwillig verurteilt, auf Vorschlag, d. h. nach dem man ihre Person und ihre Beweggründe kennt.“

Der mordlustigste Draufgänger Zimmermann hat ganz Recht. Das „große Köhen“ kommt einem an nicht nur ob der moralischen Verurteilung der deutschnationalen Presse, sondern auch angesichts der Feigheit, die die Mordheger nun, wo es etwas dringlich geworden ist, in der Presse zur Schau tragen.

Die Zulagen der Beamten und der Bergleute

Entschliessung des Beamtenbundes

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 29. und 30. August 1921 folgende Entschliessung gefasst:

I. Teuerungsgeldaktion. I. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes ist nicht in der Lage, das Angebot der Regierung, soweit es sich auf die gleichmässig prozentuale Erhöhung des Teuerungsgeldes bezieht, gutzuheißen. Der Deutsche Beamtenbund hält daran fest, daß den geringstbezahlten Beamtengruppen sofort ausreichend geholfen werden muß; das ist bei den jetzigen Zuständen nicht der Fall, zumal zahlreiche Beamte eine geringere Erhöhung ihrer Bezüge erfahren, als selbst ungelernete unverheiratete 21jährige Arbeiter, und dadurch ihre bisherige Schlechterstellung gegenüber dem Arbeitererwerb noch weiter verschärft wird.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes erwartet von Regierung und Parteien, daß sie auf dem unheilvollen Weg einer Besoldungspolitik, die den größten Teil der Beamtenschaft immer mehr der Verelendung preisgibt, keinen Schritt weiter tun.

Er beauftragt die Bundesleitung, unverzüglich die zur Durchführung der grundsätzlichen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes notwendigen Schritte zu ergreifen.

II. Der Deutsche Beamtenbund hält an der Forderung der völligen Beseitigung der noch verbleibenden Staffelung der Teuerungsgelder und Kinderzuschläge nach Ortsklassen fest.

III. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes stellt fest, daß die vorerwähnten Teuerungszulagen für Reichsbeamte mit höchstem Diätariat in unbilliger Weise hinter denen mit höherem Diätariat zurückbleiben. Er fordert daher eine Angleichung der Bezüge beider Beamtengruppen in den einander entsprechenden Jahrgängen.

2. Steuer- und Wirtschaftspolitik. Die Bundesleitung wird ermächtigt, im Anschluß an das Vorgehen der anderen Gewerkschaften bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um die Teilnahme des Deutschen Beamtenbundes an den in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Steuer- und Wirtschaftspolitik sicherzustellen.

Ein dritter Abschnitt der Entschliessung, den wir an anderer Stelle wiedergeben, behandelt die politische Lage. — Der Entschliessung wird vom Zeitungsdiens des Deutschen Beamtenbundes hinzugefügt:

Der Deutsche Beamtenbund ist entschlossen, unverzüglich die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Reichsregierung zu betreiben, um ein günstigeres Ergebnis seiner Forderungen herbeizuführen, als es die letzten abgeschlossenen Teuerungsgeldaktionen der Beamtenschaft gebracht hat. Zur Erreichung dieses Zweckes ist es u. a. notwendig, daß die in der vorstehenden, zu der Presse der Steuer- und Wirtschaftspolitik angenommenen Entschliessung gekennzeichneten Maßnahmen sofort zur Durchführung gelangen.

Die Haltung des Deutschen Beamtenbundes entspricht der Mitteilung der Prekominmission der Beamten-, Anstellten- und Arbeiterverbände, die wir jüngst veröffentlicht haben. Auch der Beamtenbund wendet sich gegen die gleichmäßige prozentuale Zulage und gegen die damit verbundene Benachteiligung der niedriger besoldeten Beamtensklassen. Das heißt, er hält fest an der ursprünglichen Forderung einer in ihrer absoluten Höhe gleichen Aufbesserung für alle Gehaltsklassen, für die auch wir uns von vornherein ausgesprochen haben. Soweit sind wir mit den organisierten Beamten völlig einig, nur würden

wir wünschen, daß sich die Beamten zur Begründung ihrer Forderung anderer Argumente bedienen möchten. Was soll der Hinweis auf eine „Schlechterstellung der Beamten gegenüber dem Arbeitererwerb“? Erstens kann so allgemein von einer Schlechterstellung keine Rede sein, und zweitens sollten sich die an der Spitze der Beamtenschaft stehenden Personen doch sagen, daß solche Wendungen von einer gewissen Seite nur zur Verhöhnung zwischen Arbeitern und Beamten benutzt werden. Wir nehmen an, daß die Leitung des Beamtenbundes diesen Effekt nicht will — und zwar nicht nur deshalb, weil der gegenwärtigen gemeinsamen Bewegung nicht gedient wäre.

Zulagen für Jugendliche und Frauen in den Reichsbetrieben

Nach achtstägiger Verhandlung im Reichsfinanzministerium über die Teuerungszulagen für die in den Reichsbetrieben beschäftigten Jugendlichen und weiblichen Arbeiter und Lehrlinge wurde am Donnerstag zwischen den Regierungsdirektoren und den beteiligten Gewerkschaften folgendes Resultat erzielt:

Es erhalten Teuerungszulagen: männliche Arbeiter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 0,80 Mark die Stunde, jugendliche Arbeiter im 17. und 18. Lebensjahre 0,50 Mark und vom 14. bis einschließlich 16. Jahre 0,30 Mark; weibliche Beschäftigte über 21 Jahre 0,75 Mark, vom vollendeten 18. bis 21. Jahre 0,55 Mark, im 17. und 18. Lebensjahre 0,35 Mark, vom 14. bis einschließlich 16. Jahre 0,20 Mark; Lehrlinge im ersten und zweiten Jahre 0,20 Mark, im dritten Jahre 0,30 Mark, im vierten Jahre 0,40 Mark. Beide Verhandlungsparteien erklärten sich bereit, das Ergebnis vor ihren Auftraggebern zu vertreten.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter

Wolffs Bureau meldet:

Im Reichsarbeitsministerium fanden am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ministers zwischen den Arbeitgeber des Steu- und Kohlenbergbaus und den Arbeitnehmerorganisationen zentrale Verhandlungen zur Regelung der schwebenden Lohnfragen statt. Nach mehr als zwölfstündigen Beratungen wurde für alle Revier mit Ausnahme des bayerischen Bergbaus eine Verkündung über Durchschnittssätze der vom 1. September ab zu leistenden Lohnerhöhungen erzielt. Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhungen auf die einzelnen Arbeitnehmergruppen bleibt den Tarifverhandlungen in den Revieren vorbehalten. Diese Verhandlungen sollen sofort aufgenommen werden.

Es ist höchste Zeit gewesen, daß die Kohlenherren zu einer weniger hochbeinigen Haltung veranlaßt worden sind. Wie weit von Zuständen der Unternehmung die Rede sein kann, geht aus der sehr schweigmäßigen Meldung leider nicht hervor. Uns scheint indes, daß entscheidende Verhandlungen sofort zum Abschluß gebracht und die erhöhten Löhne umgehend gezahlt werden müssen, denn es wird bereits gemeldet, daß auf der Zeche „Königsborn“ im westfälischen Revier der erste Streik, an dem 1500 Arbeiter beteiligt sind, bereits ausgebrochen ist, weil den Arbeitern am 1. September keine Lohnerhöhungen gezahlt worden sind. Das Unternehmertum ist es, das durch sein Widerstreben gegen Notwendigkeiten das Wirtschaftsleben immer wieder in die sonst so gräßlich geschilderte Gefahr des Störens bringt.

Er spricht seine Empörung aus über jeden politischen Mord und fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die Verfassung nach jeder Richtung geschützt und daß gleichmäßig gegen jeden vorgegangen wird, der den friedlichen Wiederaufbau durch Vergiftung des öffentlichen Lebens, die nicht einmal vor der Gemeinheitsarbeit in den Verwaltungen haltmacht, hindert.

Der Deutsche Beamtenbund erklärt aufs neue, daß er bereit ist, die Verfassung gegen jede Verletzung und ungezügliche Aenderungen mit allen Mitteln zu schützen.

Er fordert insbesondere die Durchführung der Verwaltung mit neuzeitlichem und sozialem Geist, ohne den eine ausreichende Durchführung und Sicherung der Verfassung nicht gewährleistet ist.

Hoffentlich ist diese Auffassung nicht nur bei den leitenden Persönlichkeiten des Beamtenbundes vertreten. Wenn sie bei der Mehrzahl der Beamten vorherrscht und wenn sie bereit sind, dieses Ergebnis „mit allen Mitteln“ zu halten, dann müssen sie auch denen den kollegialen und solidarisches Schutzes versagen, die gegen den Geist dieser Erklärung handeln.

Grober Unfug

Der „Niesbacher Anzeiger“ beschlagnahmt

Man sage nicht, daß die bayerische Regierung die Verordnung der Reichsregierung sabotiere und die widerlichen Presseerzeugnisse schone, die mit den Mordgefahren an einem Strange hängen. Der „Niesbacher Anzeiger“ soll jetzt am Donnerstag die Restausgabe der entgegen dem Verbot herausgegebenen Nummer beschlagnahmt und sind ferner die Platten der in Vorbereitung befindlichen Ausgabe zerstört worden. Die Redaktion des Niesbachers soll für die Dauer des Verbots unter Kontrolle genommen werden, und schließlich hat der Staatsanwalt gegen sie Anklage erhoben wegen — groben Unfugs.

Das letzte ist natürlich selbst grober Unfug. Wenn die bayerischen Ordnungsmacher schon endlich ihre Pflicht erfüllen und gegen das Schmutzblatt vorgehen wollen, so hat das auf Grund der Reichsverordnung oder der geltenden Strafgesehe zu geschehen, wenn nicht abermals Recht in Hohn verwandelt werden soll.

Die Beschränkten

Die „Deutsche Tageszeitung“ wird, wie sie behauptet, „um Veröffentlichung folgenden Protestes gebeten“:

„Die Vorstände der Arbeitergruppen der Deutschen nationalen Volkspartei des Landesverbandes Berlin protestieren aufs schärfste gegen den Erlaß der Reichsregierung bez. der einseitigen Maßnahmen, welche gegen die Rechtsparteien, insbesondere die Deutschen nationalen Volkspartei und deren Arbeiterkassen richten.“

Die deutschnationale Arbeiterkassen fühlt sich durch diese Maßnahmen in ihrer Freiheit beschränkt und fordert von der Reichsregierung, daß die bestehenden Verordnungen unparteilich gegen alle Parteien angewandt werden nach § 118 der Reichsverfassung.“

Unterzeichnet ist dieser Spatz von den Herren J. Kersten, Arbeitersekretär, K. J. Jordan, Schlosser, L. Vorstehender

der deutschen Arbeitergruppen. Max Wagner, Arbeiter, Bezirksverordneter.

Wir möchten doch wirklich einmal so einen „in seiner Freiheit (sowie in anderer Beziehung) beschränkten“ Arbeiter leidenschaftlich haben. Dieses Vergnügen hat uns ein widerwärtiges Schicksal bisher leider vorenthalten.

Der Lokal-Anzeiger frei

Wie wir hören, ist das Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und des „Tag“ durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Der „Lokal-Anzeiger“ und der „Tag“ hatten die Stelle aus dem „Niesbacher Anzeiger“, die auch unseren Lesern bekannt ist, in Form einer Meldung gebracht. Es ließ sich daraus nicht mit Bestimmtheit feststellen, ob sich die beiden Blätter mit dem Inhalt der Meldung identifizierten. Deshalb erfolgte die Aufhebung des Verbots.

Deutschnationaler Zuwachs

Das junge Spänchen wird deutschnational

Dem augenblicklich in München tagenden Parteitag der Deutschen nationalen Volkspartei ist großes Glück widerfahren. Professor Martin Spahn, der Sohn der alten Zentrumsführers Dr. Peter Spahn, ist aus dem Zentrum ausgetreten und zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten. Darob großes Freudegefühl im deutschnationalen Lager. Herr Spahn hat dann auch sofort mit anerkennenswerter Zurückhaltung eine präzisierende Rede vor dem Parteitag vom Stapel gelassen und so den sichtlich gebildeten Geist der Versammlung etwas gehoben. Helfferich jubelte, der Uebertritt Spahns zeige, daß der Versuch der Regierung, die Deutschnationalen geistig zu entwaschen, das Gegenteil gezeitigt habe. Wie anspruchsvoll die Herrschaften sind. Ueber einen Zuläufer schlagen sie Purzelbäume. Uebrigens wäre es wirklich Sisyphusarbeit, die Deutschnationalen geistig entwaschen zu wollen. Von Geist ist in dieser Partei verblüht wenig zu merken.

Das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, schreibt zu dem Uebertritt Spahns:

Herr Martin Spahn läßt unter großem Geißel verkünden, daß er seinen Anschluß an die Deutschnationale Volkspartei vollzogen hat. Er ist auch schon auf deren Parteitag erschienen. In Zentrumskreisen wird man sich über diese Tatsache wenig aufregen. Vielmehr wundert man sich darüber, daß Herr Martin Spahn sich bis jetzt für einen Zentrumsmann gehalten hat und seinen Uebertritt erst heute bekannt gibt. Wir begreifen diese Erklärung. Innerlich gehörte er schon längst zu der äußersten Rechten, und sein offizieller Anschluß nimmt der gegenwärtigen Presse die Möglichkeit, die politischen Entgleisungen dieses Herrn dem Zentrum an die Koahöhe zu hängen. — Herr Prof. Spahn wurde auf dem Münchener Parteitag mächtig angeheimelt und mit Hurra und Trompeten begrüßt. Die Welkemma in der Deutschnationalen Volkspartei muß sehr groß sein, wenn dort ein Ueberläufer so unnütze Freude erregt.

Der Parteitag der Kleingewordenen

Vom deutschnationalen Parteitag ist noch zu melden, daß man trotz der großen Lüne doch einzuhalten versucht. So ist die Jugenddebatte, die die Hauptattraktion der Tagung bilden sollte und auf der besonders die Deutschnationalen vom Schlage Wulles hinstanden, verlagert worden. Sie soll nach beschwichtigenden Erklärungen des Vorsitzenden Hergt in einer besonderen Tagung behandelt werden. So ist man vorläufig, wohl zum großen Aerger der Deutschnationalen, über diese Frage hinweggekommen.

Herr Helfferich und Graf Westarp sprachen — auch ein Zeichen der Zeit — von der Ueberwindung der konfessionellen Gegensätze. Hört sich das nicht wie ettel Trug an von Leuten, deren Partei dem ausgesprochenen Antisemitismus huldigt. Dieselben Wörtchen wurden der Arbeiterklasse ausgestreut — aber da fliegt noch manches Wasser die Nar hinab, ehe die Helfferich und Westarp, diese größten Gegner der Arbeiterklasse, die Gefolgschaft finden. Damit auch der Humor zu seinem Recht komme, spielte sich der Hauptvortrag der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Bander, als Schützer der Verfassung auf. In flammender Entrüstung wandte er sich gegen die Verordnung der Reichsregierung und bezeichnete sie als Wegung und Verungung aller Rechtsbegriffe und besonders der Weimarer Verfassung. Das sagen dieselben Leute, die fort und fort Ausnahmegehege gegen links gefordert haben. Selbstverständlich wollen die Deutschnationalen nichts mit Gewaltanwendung zu tun haben. „Wer zu Gewaltanteilen greift, der schließt sich selbst aus unseren Reihen aus.“ So sagt man hinterher. Aber wir vergessen nicht so leicht.

Schließlich nahm man selbstverständlich einstimmig — denn öffentlich bekennet man doch nicht, was man innerlich empfindet — eine Entschliessung an, in der die Mordtat an Erberger aufs schärfste verurteilt wird. Die an anderer Stelle unseres Blattes abgedruckten deutschnationalen Jubelhymnen über die Ermordung Erbergers haben dieser Heuchelei gegenüber wenigstens den Vorzug der Aufrichtigkeit.

Ausschneiden!

Haftbefehl gegen Ostwig v. Hirschfeld

Berlin, 2. September.

In der Sache des an dem Reichsminister a. D. Erberger verübten Mordes hat das Amtsgericht Oberkirch in Baden auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Offenburg Haftbefehl gegen Ostwig v. Hirschfeld erlassen. Zugleich hat das Amtsgericht Oberkirch das Berliner Polizeipräsidium ersucht, den hier in Haft befindlichen v. H. dem Amtsgefängnis Oberkirch zuzuführen. Die dem Ersuchen ist am gestrigen Abend entsprochen worden.

Feststellungen der Offenburger Staatsanwaltschaft

Offenburg, 2. September.

Die Staatsanwaltschaft Offenburg gibt bekannt: Ueber die Mörder Erbergers ist festgestellt, daß sie vom 21. August bis zum Mordtage (26. August) im Gasthause „Zum Hirschen“ in Oppenau unter den offenkundigen Namen Franz Riese, stud. jur. aus Düsseldorf, und Knut Bergen, stud. phil. aus Jena, logiert haben und am 26. August mit dem um 6,45 Uhr abends von Oppenau abgehenden Zuge mit einer Fahrkarte 4. Klasse nach Offenburg abgereist sind.

Das Uniformtragen bei Leichenbegängnissen erlaubt

Mitlich. Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Leichenbegängnissen von Kameraden erteilt.

Eine Kundgebung der sächsischen Regierung

In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zum Schutze der Republik hat die sächsische Regierung soeben eine Erklärung erlassen, in der sie die Unterstützung der sich daraus ergebenden Maßnahmen für Sachsen zusichert. Zum Schluß heißt es: Von der Beamtenschaft wird unbedingt verlangt, daß sie die sächsische Regierung in dem Bestreben, die republikanisch-demokratischen Einrichtungen zu schützen und weiter zu fördern, unterstützt und alle aus diesem Grunde angeordneten Maßnahmen schnell und wirksam durchführt. Beamten und Angestellten, die das nicht wollen oder können, wird nahegelegt, die daraus entstehenden Folgerungen zu ziehen.

Sicherung der Verfassung

Erklärung des Deutschen Beamtenbundes

Der Deutsche Beamtenbund veröffentlicht zur politischen Lage folgende Entschliessung:

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes billigt die Erklärungen, die der erste Bundesvorsitzende am 29. August der Reichsregierung gegenüber abgegeben hat.

Druckfache
21n die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Breite Straße 8-9
Berlin G2



Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater

7 1/2 Allabendlich 7 1/2

Das American Girl

Operette von Kurt Zorlig

Theater und Vergnügungen

Volkstheater

7 Uhr: Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater

8 Uhr: Lokalbahn

Staatstheater

7 1/2 Uhr: Notre-Dame

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Kammerstücke

Großes Schauspielhaus

7 Uhr: Danton

Königgräber Str.

Satans Maske

Berliner Theater

Milliarden Souper

Theater am Mohndorplatz

Der Vetter aus Dindosda

Trianon-Theater

Die große Leidenschaft

Kleines Theater

Der Dieb

Kornische Oper

Strohwitwe

Wallner-Theater

Nixchen

Rose-Theater

Die zärtlichen Verwandten

Walhalla-Theater

Die schöne Helena

Casino-Theater

Erzelenz Mäde

Apollotheater

Internationales Variété-Programm

Auslands-Sensationen

METROPOL

Behrenstraße 54

Eise Krüger

Pilz & Naumann

Karl Groß

Herbert & Schüller

4 Daniels

Bia Manon

Hilde Aderhold

Canova

Wilkins Schulhoff

Georg Tucher

Eugen Transky

Theater a. Kottbus. Tor

Bühnenkonzert

Elite-Sänger

Circus Taraselli

Bahnhof Friedrichstr.

Täglich 8 Uhr

Vorstellung

M. Schulmeister

Kottbusener Tor		295.-
375	Anzüge	550
495	Schlüpfer	675
65	Hosen	121
M. Schulmeister		350.-
Jünglings-Anzüge		450.-
85	Westen	125
250	Joppen	390
350	Gummi-Mäntel	515
M. Schulmeister.		325.-

Dresdener Str. 4. Am Kottbusener Tor.

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung
Kleinsten- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Alexanderpl.
Filiale: Wadler, 47-48.
5 Min. u. W. Gesundbr.

Glückwunschkarten

zur Jugendweihe
Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Str. 8/9
und in den „Freiheit“-
Spezialitäten erhältlich.

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Zigaretten o. M.

zum 10-10g. Verkauf, echt
Herk. Österreichischer
Waffen, Alexanderplatz 2, 1

Altkmetalle

zahlr. hohe Preise, Oberberger
Str. 1, Reichendörfer Str. 107
1. Hof, Keller.

Zahngelüste kauft

John 8, 10 - 25 Mark
Platin, Gold, Silberdruck
Bromberger Straße 3 L.
(an der Wollschneiderei)

Wäber, Kunstblätter, Wand-
schmuck mit und ohne Rahmen
kauft man in der Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Straße 8/9.

1000 Mark

erhält, wer per Wiedererlangung
einer Geige verliert, die im
Stadtbahnhof vom Potsdamer
Bahnhof bis Gesundbrunnen
am Sonnabend, den 27. August,
um circa 10 Uhr abends ab-
handelt. Geige, aus-
fallendes Überformel, Geige
gegründet: Carl Reiter, Berlin,
seit anno 1914 Nr. 400,
Wohnung am Friedrich-
Schuhdr. Kalkberg, Coventill
Kalkberg.

Zeißfeldstecher

6- und 8-fach, leicht fähig
M. Steckmann,
Berlin W9, Potsdamer Str. 135
(Kohlen 9259).

Nur diese Woche



Zürcher Faust

zur zum Erben von Stoffen, Gerichten usw. sowie
zur Deckung von Komparten oder zum Einlegen
von Öl usw. Cäpffstoff verwendet.
Bergisch - billig - bestmüch.
Zürcher Faust erhältlich in Droge-
und Lebensmittelhandlungen.

Anzüge 400 Kreuzfüchse 250

aus Ia Maßstoffen elegant Sitz, prima
Kollbarverarbeitung, selbst gefertigt Sportpelze fabelhaft billig
Seltene Gelegenheit vor der Verteuerung!
Kaufen Sie jetzt, derartige Angebote sind in Zukunft ausgeschlossen
Leihhaus, Brunnenstraße 5
Keine Lombardware - Fahrgeldvergütung

Neue Haut

erleidet man Schmerzen,
unmerklich für die Um-
gebung durch die echte
Vater-Philipp-Schül-
kur 1/4 M. von Tübingen-
Laboratorium, Dresden-Zachwitz 147, schält Fickel, Mitesse,
Sommerprossen, Hautunreinheiten usw. ab, löst anstehende
junge Haut zum Vorschein kommen. Erhältlich in Elefant-
apotheke, Leipziger Straße, und Drogerien Bastianstraße 2, Fe-
marnstraße 3, Reichendörfer Straße 119, Charlottenstraße 76,
Pankow, Prinzenstraße 6.

Kapitän Rautabaf

einmal geprobt - immer gelobt.
Feinster Geschmack; stets frisch. In
kaufen i den Nigarrengeschäften usw.
Neue Verkaufsstellen richtet ein:
Generalvertrieb C. Köhler, Berlin,
Lichtenberger Str. 22 (Rgt. 2001).

Per sofort gesucht:

Verkäuferin

für die
Geschenk-Abteilung
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W50, Tauentzienstr. 21-24

Verband der Lungen- u. Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands

Sonntag, den 4. September 1921
Generalversammlung
der Berliner Ortsgruppe
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 12, vormitt. 9 1/2 Uhr
Wichtige Tagesordnung
Vortrag des Reichstagsabgeordn. Dr. Moller
Mitgliedsbuch als Reg. inaktion
J. H. Paul Hennig, 1. Vorsitzender

Tüchtiger Galvanisierer

mit der Fabrikation von Metall-
arbeiten bestens vertraut, mit
leitender Fertigung, in
Dresden am 30. V. 2277
Rudolf Woffe, Wiener Str. 14

Trotz billig Möbel

Teilzahlung
bei kleiner An- u. Abzahlung
Büchl. Wohngelegenheiten
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Brenner, Herde, Gardinen u.
Dekorationsgegenstände
Beiser
Lothringers Straße 67

Per sofort gesucht:

Schaulenster-Dekorateur

Meldungen
von 11-12 Uhr vormittags
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W50, Tauentzienstr. 21-24

Wintermäntel

für Damen, Herren und Kinder, in den Preislagen 150.-,
175.- und 200.- Mark. Einzelverkauf werktäglich von
8-4 Uhr, Einzel- u. Beförderer auswärts, Märkte hoch, Waren!
Loisat G. m. b. H., Bin. Friedenau
Kaiserstraße 64/65, Stf. 2. Stk. - Telefon: Rheingau 1100.
Straßenbahn: F. L. L. O. W. 51, 66, 69.
Wingebaur Wilmersdorf-Friedenau.

Ausschneiden!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
ausführlichen Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
zum Preise von Mk. 10.- monatlich, Mk. 5.- halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Str.: _____
Komm. _____

Dieses Vorkaufblatt bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Die Schwelle

In den nächsten Tagen erscheint ein neues Buch zur
Jugendweihe
Die Schwelle
Gebichte und Gedanken für die proletarische Jugend
Herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf
Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Belsack
In geschmackvollem Einband 12.- Mark
Organisationen bitten wir, sich mit uns direkt in Verbindung zu setzen
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9



Reunion

Neu aufgenommen! • Volle Formate!

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Groß-Berlin

Aufgehoben — nicht aufgehoben

Der deutsch-nationale konterrevolutionäre Flügel hat nicht geglaubt, daß die staatlichen Organe sich auch einmal gegen ihn wenden könnten. Nachdem sie nur einige Tage lang festgestellt, daß sie für ihr volksverbrecherisches Treiben nicht bestraft wurden, sanden sie sehr schnell ihre Unerschämtheit in Bezug auf Terrorisierung Andersgestimmter wieder.

Da sie ihr Treiben ungehindert ausüben konnten, glaubten sie nicht mehr weit davon zu sein, wieder, wie in der „guten, alten Zeit“, ihre für sie sehr einträgliche Herrschaft im Staat zu übernehmen.

Sie hatten um so mehr Grund zu dieser Annahme, als ihre ganze Sippe noch in Amt und Würden sitzt und die entsprechende Vorbereitung dazu getroffen hat.

Sie waren sich ihrer Sache so sicher, daß das jetzige Vorgehen der Regierung sie völlig überrascht, sie glauben auch heute noch, daß nicht Ernst gemacht wird und sie vielleicht schon in nächster Zeit von neuem ihr konterrevolutionäres Treiben erneut ausüben können.

Darauf läßt insbesondere die Art der Bekanntmachung des Verbots einer Sedanfester schließen.

Wir berichteten gestern in der Abendausgabe über eine Veranstaltung in der Böhlowbrauerei, für die trotz des Verbots noch Karten verkauft wurden. Auf Grund unserer Feststellung hat man doch von der Abhaltung der Fester abgesehen und teilt dies durch einen Handzettel mit folgendem Inhalt mit:

Deutsch-nationale Volkspartei. Berlin, den 2. September 1921.

Ortsgruppe Königst. ...

Die von uns für den 2. September geplante Sedanfester ist vom Polizeipräsidenten von Berlin verboten worden. Wir haben hiergegen Einspruch erhoben und behalten uns weitere Maßnahmen vor, sobald wir nach Beendigung des Münchener Parteitag mit dem Landesverband und der Parteileitung Rücksprache genommen haben. Heute müssen wir uns „im freiesten Staate der Welt“ der Gewalt beugen.

Die Fester wird aber nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Der neue Termin wird noch bekanntgegeben. Die gelösten Billets behalten zu der neuen Veranstaltung ihre Gültigkeit.

Der Vorstand. J. A.: Schwarz, 2. Vorsitzender.

Was nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist die Fester, meinen die Herrschaften. Die Arbeiter aber werden dahin wirken, daß diesem Treiben ein für allemal ein Ende gemacht wird.

Es darf nicht bei einigen zaghaften Ansätzen zur Unschädlichmachung dieser Gesellschaft bleiben, sondern dem konterrevolutionären Gesindel muß endlich einmal so gründlich heimgekehrt werden, daß es die Maulschlocher von 1918 als Dauerwohnung bezieht. Die gründliche Abrechnung war nicht aufgehoben; sondern nur aufgeschoben — bis jetzt, jetzt wird sie um so gründlicher erfolgen.

Die Wärme im Haushalt und Kleingewerbe

Der Magistrat erläßt folgenden Aufruf:

An die Bevölkerung von Groß-Berlin!
Im alten Schloß zu Charlottenburg, Luisenplatz, wird zurzeit von der Preussischen Landesstellenstelle, dem Reichspostamt und der Stadt Berlin gemeinsam eine Ausstellung veranstaltet zur Belehrung der Bevölkerung über den Wert und die sparsame Verwendung der Brennstoffe.

In der Ausstellung werden die Ursachen mangelhafter Heizwirkung, übermäßigen Brennstoffverbrauches und der Verschwendung durch Rauch und Kuh sowie die geeigneten Mittel zur Abhilfe veranschaulicht. Im besonderen werden durch bildliche Darstellungen und durch in Naturgröße, zum Teil im Schnitt vorgeführte Kessel gute und fehlerhafte Bauarten von Heiz-, Koch- und Badeeinrichtungen verschiedener Ausführung sowie die vorteilhafte und falsche Bedienung der Feuerungen gezeigt.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Nachdruck verboten.)

„Was wurde gefallt Ihnen, Helene?“
„Ich —“ stotterte Helene, die das Gefühl hatte, daß auf einmal alle am Tisch nach ihr sahen, „ich liebe die Engländer sehr.“

„Es wurde ganz still.“
„Die Engländer,“ flüsterte der hübsche Bäckisch und sah Kolf an.

„Ja,“ machte Mama Thomann, „so hab ich's grad nit gemeint; Engländer, Franzose — recht scheen, aber ich bin für die Deutsche. Was sage Se dann zum Tasso, oder zur Zephigie? Hän, das is was? Die Maria Stuart, der Hieslo, des Rätchen von Heilbronn — nee, für des bin ich nit ganz eingenomme. „Mein hoher Herr!“ des is nit so ganz mein Standpunkt, war's auch nie.“

„Oh, das Rätchen von Heilbronn —“ wagte Helene schüchtern —

„Was?“ fuhr Frau Thomann dazwischen. Sehr scharf, sehr pointiert — Helene duckte sich. Hätte sie Alwine so sehen können!

„Maria Stuart liebe ich sehr, auch Don Carlos, und den König Lear.“

Sie blühte verflohen zu Kolf hinüber; den König Lear hatte er ihr gegeben.

„Kom König Lear wolle m'r lieber jetzt nit redde,“ sagte Frau Thomann ganz laut, „es is e schredliche Geschicht! Kom, wann's m' Batter oder e'r Mutter so geht mit de eigene Kinder!“

Kolf stand auf, und der Kandidat schob sich vom Tisch zurück und räusperte sich so zornig und auffällig, daß sich Eugenie zu ihm herüberneigte: „Regen Sie sich nur nicht auf, Herr Kiefler! Mama meint es nicht schlimm; es wird bald vorüber sein. Uebrigens wissen Sie davon, der Dampfer mit dem Peter — soll ja —“

Er nickte stumm und beide versanken in Schweigen.

Am Tisch aber gingen die Reden weiter, und Frau Thomann war noch immer am Werk, Helene ihr Wohlwollen vor der Welt zu bezeugen. Litör war angeboten worden, und die Dame des Hauses hatte rasch nacheinander ein paar Gläschen getrunken, so daß sie genötigt war, die oberste Haste ihres Kragens aufzumachen, so „heiß hatte“ sie.

„No, jetzt sagen Se aber, Helene, was hören Se von dem Peter? Was? Riz? Gott, ich sag's immer, er allein is

Die Darstellungen lassen erkennen, daß rechtzeitige Instandsetzungen an diesen Einrichtungen häufig Ersparnisse in kurzer Zeit bringen, welche die angewendeten Kosten reichlich bezahlt machen.

Auch durch praktische Kochversuche wird erläutert, wie die Hausfrau beim Kochen sparen und doch wohlgeschmeckende Speisen zubereiten kann.

Schließlich werden auch Feuerungen für das Kleingewerbe vorgeführt und Anregungen für die Wärmeausnutzung in der Landwirtschaft und im Siedlungswesen (Geflügelzucht, Kleingarten) gegeben.

Die Ausstellungsgegenstände sind nur nach ihren sachlichen Zwecken ausgewählt, ohne Sonderinteressen zu dienen.

Brennstoffmangel und Brennstoffteuerung legen heute jedem einzelnen größte Sparsamkeit nahe. Es wird deshalb die Bevölkerung von Groß-Berlin, Mieter wie Hausbesitzer, auf diese Gelegenheit, sich in sachlicher und unabhängiger Weise über die Mittel und Wege zur Brennstoffersparnis zu unterrichten, dringend hingewiesen.

Die Ausstellung ist bis Ende September täglich von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet. Die Eintrittsgelder betragen 2 Mark, Sonntags (bei Konzert im Garten) 3 Mark.

Für größere Gruppen von Besuchern wird bei rechtzeitiger Anmeldung (Amt Wilhelm 7334) besondere Führung gestellt.

Magistrat.

Keine Aufhebung der Milchbewirtschaftung

Die Schöneberg-Friedenauer Bezirksversammlung hatte im Juni einen Beschluß gefaßt, worin der Magistrat ersucht wurde, die Erlaubnis zur Herstellung von Weizenbrot zu erteilen und die Milchbewirtschaftung aufzuheben. Der Magistrat hat durch die zuständige Deputation für das Ernährungswesen unter dem 18. August der einseitigen Bezirksversammlung einen Bescheid erteilt, worin es heißt: „Dem Antrag, die Bewirtschaftung der Milch durch das Milchwirtschaftsbüro aufzuheben, können wir vorläufig nicht entsprechen. Infolge der anhaltenden Dürre ist die Milchzufuhr so stark gesunken, daß schon heute der Milchbedarf nicht mehr gedeckt werden kann. Die Aussichten für den Herbst und Winter sind aus dem gleichen Grunde sehr trübe. Die behördliche Bewirtschaftung der Milch kann daher nicht aufgehoben werden.“ Bezüglich der Herstellung von Weizenbrot macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß längst markenspezifisches Weizenbrot, nämlich Kleingebäck, aus Weizenmehl herzustellen ist. Seit dem 16. August ist ja auch genügend Weizenbrot aus freiem Mehl in den Bäckereien zu haben.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten a. D. von Oppen fanden in der Brandenburgischen Landwirtschaftsverbandlungen zwischen Vertretern der Landwirtschaftlichen Organisationen, des Milchamts Berlin und des Groß-Berliner Milchhandels über den für die Milchlieferung nach Groß-Berlin nach dem 1. Oktober zu zahlenden Erzeugerpreis statt, da die früheren Vereinbarungen nur bis zum 30. September d. J. getroffen waren. Zwischen den Organisationen der Landwirtschaft, des Milchhandels und dem Milchamt Berlin wurde demzufolge vereinbart, daß für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis zum 31. März 1922 jeweils der zehnte Teil des für ein Pfund Butter erster Qualität bezahlten Preises als Preis für ein Liter Vollmilch frei Berlin gelten soll. Die Feststellung des Preises findet in der Berliner Butternotierungskommission für erste Qualität aus der Zeit vom 1. bis 21. eines jeden Monats ermittelt und der zehnte Teil dieses so errechneten Durchschnittspreises als Milchpreis frei Berlin für den nächsten Monat festgelegt wird. Jede Frachtvergütung von irgendeiner Seite fällt weg.

Die Errechnung des jedesmaligen Milchpreises für den kommenden Monat soll durch je einen Vertreter der Landwirtschaft, des Milchhandels und des Milchamts Berlin am 22. eines jeden Monats stattfinden. Die Vertreter der Landwirtschaft haben das Recht, eine Revision des Abkommens dann zu fordern, wenn der auf diese Weise ermittelte Milchpreis unter 2,60 M. für das Liter frei Berlin fallen sollte. Diese Revision muß bis spätestens den 24. eines jeden Monats für den folgenden Monat gefordert werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, außerordentliche Sitzung der Geschäftsleitung.

Steuerscheue Hundesfreunde

Trotz der erhöhten Hundesteuer ist die Zahl der in Berlin gehaltenen Hunde zurzeit größer als je. Ein Teil dieser Hunde ist jedoch der Steuerbehörde immer noch nicht gemeldet und wird unversichert gehalten. Durch die Nichtbesteuerung dieser Hunde entsteht der Stadt ein erheblicher Einnahmeausfall. In der Regel werden solche Hunde tagsüber in der Wohnung gehalten und nur zu später Abendzeit für einen kurzen Augenblick hinausgeführt, so daß, abgesehen von den nächsten Mitbewohnern, niemand von der Existenz des Hundes etwas erfährt. Die Hauptsteuerverwaltung des Magistrats wird nunmehr geeignete Schritte unternehmen, um auch die steuerliche Erfassung dieser Hunde sicherzustellen.

Hotels als Geschäftsräume

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat unter dem 5. Juli 1921 für den preussischen Staat angeordnet, daß die Verwendung von Hotels zu anderen Zwecken, als denen des Hotelbetriebes, insbesondere zu Geschäfts- und Bureauzwecken, der Genehmigung der zuständigen Kommunal-Aufsichtsbehörde bedarf. Für Berlin ist daher die Genehmigung des Oberpräsidenten notwendig.

Preisanshang ist Pflicht

Vor einigen Tagen brachten die Tageszeitungen die Nachricht, daß durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Verordnung über Bier- und bierähnliche Getränke vom 24. Januar 1918 aufgehoben sei. Mit dieser Verordnung seien auch die Höchstpreise und die Verpflichtung zum Preisanshang gefallen. Richtig ist, daß wohl die Höchstpreise aufgehoben sind, aber die Verpflichtung zum Preisanshang immer noch fortbesteht. Letztere Verpflichtung ist gegeben durch die Verordnung der Preisprüfungsstelle vom 6. August 1917, die sich auf § 5 und 10 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen stützt. Da die letzte Verordnung noch zu Recht besteht, besteht auch für Gastwirte die Verpflichtung zum Preisanshang.

Langfristig Erwerbslose bei Notstandsarbeiten

Nach einem neueren Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers und einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers dürfen langfristig Erwerbslose unbeschränkt zu Notstandsarbeiten zugelassen werden. Die von ihnen geleisteten Arbeitertagewerke dürfen jedoch bei der Anerkennung und Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nur dann angerechnet werden, wenn es sich um Personen handelt, die zwar auf die Erwerbslosenfürsorge infolge Ablaufs der Unterhaltungszeit keinen Anspruch mehr haben, denen sie aber zur Vermeidung unbilliger Härten im Sinne des § 9a Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge weiter gewährt werden kann. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, entscheidet der zuständige Regierungspräsident, für Berlin (außer Spandau) der Oberpräsident. Diese Entscheidung kann auch allgemeiner für eine Gruppe von Erwerbslosen getroffen werden.

Amerika-Liebesabenschwindel

Der Liebesabenschwindel der Deutschamerikanerin Miss Virginia Koll gelangte heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geheimen Justizrat Oppler vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Die auf Betrug, Kriegswucher, Kettenhandel bzw. Beihilfe hierzu lautende Anklage richtet sich gegen die in Lodi in Nordamerika gebürtige Privatier Virginia Koll, den Kaufmann Kurt Wauthner und den Bankbeamten Erik Flatow, denen die Rechtsanwälte Dr. Haritz, Dr. Boll, Dr. John Wertheim und Dr. Walter Jaffé zur Seite stehen. Der Hauptbeteiligte, Kaufmann Leo Hirschfeld aus Kopenhagen ist flüchtig geworden. — Wie schon mitgeteilt, handelt es sich um einen in die Millionen gehenden Schwindel und Schleichhandel mit Lebensmitteln, für welche auf Grund der falschen Angaben den Angeklagten von den zuständigen Reichsstellen Einfuhr-erlaubnis und sogar Zollfreiheit erteilt wurde.

In ihrer heutigen Vernehmung bekundete die Angeklagte Koll in einem schwer verständlichen Dialekt eine Unbedachtlichkeit von Dingen, die mit der eigentlichen Sache gar nichts zu tun haben bzw. nur in sehr losem Zusammenhang damit stehen. Sie war bestrebt, darzulegen, daß sie mit vielen englischen und amerikanischen Kreisen in Beziehungen gestanden habe und bestritt mit Entschiedenheit, daß sie lediglich beschäftigt habe, Privatgeschäfte zu machen.

„Wo ist der Wagen?“ fragte Helene bestrebt.

Kolf erklärte es ihr.
„Aber ich bin zu müd“, fing sie an zu klagen, „ich kann doch nicht gehen!“

„Darauf kommt es jetzt nicht an, du mußt gehen. Dein Bruder ist am Sterben und verlangt dich, verstehst du wohl? Es ist keine andere Möglichkeit, weiter zu kommen. So geh doch!“

Er stampfte ungeduldig mit dem Fuß auf.
„Kolf! Warum bist du so hart mit mir!“ Jetzt weinte sie laut.

„Keine unnütze Sentimentalität. Und keine Szene. Ueberlege doch! Du mußt ruhig ankommen, ruhig an sein Bett treten können. Es ist eine Verantwortung! Noch ein Blutsturz —“

„Ruhig!“ wiederholte Helene bitter.

„Rein!“ schrie sie auf einmal leidenschaftlich, „ich kann nicht ruhig sein. Ich will nicht ruhig sein. Deine Ruhe ist etwas, was einen wahnsinnig machen kann.“ Sie blieb plötzlich stehen und hielt Kolf zurück.

„Du, höre!“ rief sie und konnte fast nicht reden vor Aufregung, „du mußt mich heiraten, es ist notwendig.“

Kolf sagte kein Wort. Er machte sich nur von ihren Händen frei und schritt weiter, und als Helene zurückblieb, streckte er die Hand nach ihr aus.

„Komm!“ sagte er weich und zärtlich, „komm, laß einmal vernünftig mit dir reden. Ich kann mir denken, was das für dich ist, aber heiraten — mein liebes Kind, heiraten kann ich dich nicht.“

Helene hing sich an ihn: „Was sagst du? Kolf, bestimme dich! Du mußt! Du bist mir das schuldig! Und du kannst mich heiraten!“

„Ich muß?“

„Hast du kein Gefühl, keine Ehre, kennst du keine Pflichten?“ leuchtete Helene.

„Gewiß, ich habe Gefühl, ich habe meine Ehre, kenne meine Pflichten.“

„Gott im Himmel, dann mußt du doch, es kann, es kann ja nichts anderes geben!“

„Habe ich dir von Ehe gesprochen? Hast du ein Versprechen von mir? Was? Ich bin dein Verführer? Liebes Kind, wir wollen doch lieber nicht von Schuld oder Unschuld reden. Du sollst auch nicht Maria Magdalena spielen, das steht dir nicht. Ich habe dich einmal sehr geliebt, mein schönes heißes Kind, aber nicht so, wie man die Frau liebt, die man zu seinem Weibe machen will. Das hättest du dir längst sagen müssen!“

(Fortsetzung folgt.)

nit schuld. Er war ja ein Galgenstrich, das hat er wieder bewiesen, aber der Heinrich — ich weiß nit —“

Sie hörte nicht auf, trotzdem Wila alle Versuche machte, sie davon abzubringen. Was würde sie denn noch alles sagen? — Wila zitterte davor und begrüßte den Eintritt ihres Vaters wie eine Erlösung. Jetzt wurde sie ruhig, das wußte sie. Es war auch höchste Zeit.

Eigentlich galt es als Ausnahme, als etwas Außerordentliches, Auffallendes, wenn sich Herr Thomann an den Nachmittagen seiner Frau sehen ließ. Er begrüßte die Anwesenden mit einer gewissen Knappheit und doch verbindlichen Höflichkeit, „Jaquethöflichkeit“ benannte sie Kolf, und war mit einer Behendigkeit, die man seinen sechzig Jahren kaum zutraute, schnell um den Tisch herumgekommen zu Kolf und Eugenie.

„Sagt Helene unauffällig, daß ihr Bruder sehr krank sei, er hat wieder einen Blutsturz gehabt; das braucht ihr ja nicht zu sagen — leider sind unsere Pferde fort, und in der Verwirrung hat man vergessen, ihr vom Felsenbrunnerhof den Wagen zu schicken. Du mußt mit dem Mädchen nach Hause gehen, Kolf, es bleibt nichts anderes übrig; geh hin und sag's ihr.“

Kolf zögerte und biß sich auf die Lippen.

„Geh voraus und mach dich fertig, ich will's ihr sagen,“ bedeutete ihm der Alte föhrl, „ich suche sie zu beruhigen.“

Er ging mit einer gewissen Herzlichkeit auf Helene zu; er hatte ein Scherzwort für sie, und da jetzt alles ausstand, und die Lampen gebracht wurden, während sich die Gäste in die anderen Zimmer zurückzogen, fand er rasch Gelegenheit, ihr das Notwendige zu sagen. Helene nahm es viel kühler auf, als er erwartet hatte, trotzdem sie ganz Unruhe und Unsicherheit war. Es schien ihm vielmehr, wie wenn sie, durch etwas anderes vollständig in Anspruch genommen, seine Botschaft als etwas Pöstiges, wohl Betrübenendes, aber Untergeordnetes empfand.

Er drückte ihr warm die Hand:

„Wie es auch gehen möge —“

Sofort hatte es Wila gehört, und zog Helene hinaus; Eugenie folgte. Draußen stand Kolf, ganz stumm, und hielt schon den Mantel bereit und half der Zitternden hinein, die eiskalte Hände hatte. Eugenie drückte und wärmte ihre Hände und flüsterte ihr ein paar Worte zu, aber Helene sagte nur tonlos, kalt, gleichgültig hörte sich an: „Blutsturz wieder! Es wird zu Ende gehen.“

Wila verabschiedete sich sehr rasch und kief die Treppe hinauf; es sah fast aus wie eine Flucht oder wie Abwehr.

Kolf und Helene stiegen wortlos die weiße Treppe hinab, die weithin im Dunkel leuchtete.

